Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das **Kgl. Amtsgericht** und den **Stadtrat** zu **Lichtenstein**

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

56. Jahrgang.

Nr. 40. Fernsprech-Anschluß: Nr. 7. Sonntag, den 18. Februar Telegrammadresse: Tageblatt. **1906.**

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstraße 297, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Holz-Auktion
auf Lichtensteiner Revier.

Im **Ratskeller** zu **Lichtenstein** sollen folgende im Stadtwalde (Abt. 3—10), Neudörfler Walde (Abt. 33) und auf der Rümpf aufbereitete Hölzer

Mittwoch, den 21. Februar 1906
von vorm. 9 Uhr an

2 eichene Stämme von 18 cm Mittenstärke,
995 Nadelholz- „ „ 10—30 cm Mittenstärke,
1 lindenes Klotz „ 25 „ Oberstärke,
4 kieferne Klötzer von 18—24 cm Oberstärke,
1540 Nadelh.-Stangen „ 4—9 „ Unterstärke,
1270 „ „ „ 10—14 „ „
10 Rm. Nadelholz-Nutzrollen;

Donnerstag, den 22. Februar 1906
von vorm. 9 Uhr an

3 Rm. Laubholz-) Scheite und Rollen,
74 „ Nadelholz-)
31 „ „ Astholz und
0,2 Wellhrt. Laubholz-Reisig

unter den vor der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Fürstl. Schönb. Forstverwaltung Lichtenstein.

Die kirchenpolitische Lage in Frankreich.

-o-. In Frankreich, wo nunmehr die völlige Trennung von Kirche und Staat zur Tatsache wird, erwecken die kirchenpolitischen Vorgänge das Interesse der ganzen Welt. In den Kirchen Frankreichs, und namentlich in denen von Paris, ist es anläßlich der Inventaraufnahme des Kirchengutes seitens des Fiskus zu tumultuarischen Szenen gekommen, die vielfach Blutvergießen zur Folge hatten. Und das dürfte selbst bei den herrschenden Radikalen schwere Bedenken hervorrufen. Zweifellos wird man sich im Ministerium wohl sagen, daß man einen schweren Fehler begangen hat, daß man die Inventaraufnahme ohne zwingenden Grund so überstürzte. Die Ausführungsverordnungen zum Trennungsgesetz sind noch nicht alle veröffentlicht und vor allem kennt noch kein Mensch die Dekrete über die neuen Kultvereine. Erst wenn man aber über den Charakter dieser neuen Kirchenverbände im klaren ist, wird man auch darüber urteilen können, ob die Einmischung der Regierung in den Vermögensübergang von der alten auf die neue Gemeinde wirklich so uneigennützig und legal ist, wie die Blocblätter behaupten.

Die Hoffnung der Opposition auf ein völliges Zurückweichen des Ministeriums vor dem katholischen Widerstande scheinen indes bisher wenig begründet. Die Rücksichtslosigkeit, mit der man die Polizeimannschaften gegen St. Pierre du Gros Caillou vorgehen ließ, und die drakonische Strenge der sonst gegen alle Uebeltäter so nachsichtigen Pariser Richter bei den Strafzumessungen für die Demonstranten zeigen, daß der Geist der Milde und Duldsamkeit an den maßgebenden Stellen noch nicht eingezogen ist. Unterstützt wird die Linke durch die Tatsache, daß die Vorgänge bei der Saint-Clotilde und St. Pierre als ein Werk der Monarchisten, als eine politische Tat hingestellt werden können; haben doch ohne Zweifel die Herren und Damen der royalistischen und bonapartistischen Aristokratie die Führung der Bewegung übernommen.

Damit ist aber den Radikalen der stärkste Trumpf in die Hand gedrückt; der Bloc der republikanischen Verteidigung, den man doch grade zertümmern möchte, wird neu gestärkt, und der Gedanke, daß die kirchliche Erregung nur ein Anzeichen neuer antirepublikanischer Strömungen sein könnte, führt sogar einen Progressisten mit der Linken zusammen. Hieraus ergibt sich aber auch die Haltlosigkeit der wütenden Angriffe gegen die Geistlichkeit die in Wahrheit die gefährlichen Kundgebungen nicht gewollt hat, weil sie weitblickender ist, als die übereifrigen Damen und Herren der katholischen Vereine.

Eine Lehre für die Blocleute und die Gleichgültigen bleiben diese Vorgänge aber doch. Man hatte weder auf der Linken, noch in der Mitte, und anscheinend auch nicht einmal in den Kreisen des Klerus auf einen solchen Ausbruch des Volksunwillens bei der ersten Gelegenheit gerechnet, wo das Trennungsgesetz sich in der Oeffentlichkeit betätigen sollte. Briand, der trotz aller seiner Einseitigkeiten doch immer zu den klügsten Leuten seiner Partei gehört, hatte in der Kammer das große Wort gelassen ausgesprochen: „Es gibt keine oder fast gar keine wahrhaft Gläubigen in Frankreich mehr; das Gesetz wird seinen Weg unbemerkt gehen, und alle Welt wird sich ganz leicht daran gewöhnen". Heute muß selbst der geistige Vater des Trennungsgesetzes, Combes, zugeben, daß die Bewegung des Widerstandes gegen das Werk vom 9. Dez. 1905 im Wachsen ist und daß sie eine ernste Gefahr werden kann.

Die Lage ist für die Regierung äußerst schwierig geworden. Gibt sie dem Unwillen der Katholiken nach und stellt die Inventaraufnahme einstweilen ein, so zeigt sie eine Schwäche, die üble Folgen haben kann, besonders bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den revolutionären Gewerkschaften; fährt sie aber in der gewaltsamen Unterdrückung der Kundgebungen fort, so schafft sie eine Erregung im ganzen Lande, von der die letzten Wochen einige Proben gegeben haben. In jedem Falle sieht man in Frankreich politisch sehr erregten Zeiten entgegen, und das ist gut für Deutschland; denn wenn Frankreich im Innern mit sich zu tun hat, wird es keine Lust bekommen, sich an Deutschland zu reiben.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

(Eigen-Bericht.) nh. Berlin, 16. Februar 1906.

Der Weindebatte zweiter Tag im Reichstag heute unterschied sich vom gestrigen ersten durch eine sehr verminderte Lebhaftigkeit. An den Witz, des Pathos und den heiligen Eifer der drei Pfälzer von gestern reichten die oratorischen Aufwendungen der heutigen Redner bei weitem nicht heran. Inzwischen hatte sich aber hinter den Kouliffen eine Frontänderung vollzogen. Es stellte sich von abend auf morgen heraus — und wurde heute nachmittag bestätigt — daß eine allgemeine Aufsichtsverschärfung im Rahmen des Nahrungsmittel-Gesetzes zu erwarten und daß man regierungsseitig nicht zu einer speziellen gesetzgeberischen Aktion für den Wein geneigt ist. Darum brachte das Zentrum unter Führung des Dr. Jäger, Verlegers der Pfälzer Zeitung, heute während der Sitzung eine neue Resolution ein, die für den ehrlichen Wein und das Augenblicksbedürfnis zu retten bestimmt ist, was zu retten ist. Sie lautet: die Reichsregierung möge noch in dieser Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen, der bestimmt, daß in jedem Bundesstaate besondere Beamte im Hauptamt, und zwar für kleinere Bezirke, zum Zweck der Weinkontrolle bestellt werden; dieses Provisorium soll dauern bis zur einheitlichen reichsgesetzlichen Regelung der Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln.

Dr. Jäger begründete diese Resolution, wie man nur eine Sache begründen darf, von der man weiß, sie ist der Zustimmung Aller sicher und die Begründung ist nur eine Formalität. Das heißt: er murmelte eine Reihe von Sätzen hin, die niemand hören konnte und auf die darum auch niemand hörte, und die selbst dem amtierenden Stenographen ein Schrecken sind. Was für eine Vorstellung sich solche Volksvertreter von dem Zwecke ihrer Reden machen, zu erfahren, wäre wohl interessant. Herr Hug, Geh. Finanzrat, auch vom Zentrum, der den Tag beschloß, machte es übrigens ebenso wie sein Fraktionsgenosse Jäger.

Außer diesem ungewöhnlich matten Jäger aus Kurpfalz kamen Vertreter anderer weinbauenden Gegenden zu Wort: Dr. Dahlem (Zentr.), Blankenhorn (natl.), Dr. David (soz) Preiß (elf.-lothr.), Vogt-Crailsheim und Dr. Wolff (beide wirtsch. Vgg.), die darin übereinstimmten, daß die Kontrolle verschärft, daß die Kellerkontrolle den Chemikern, Apothekern und Drogisten im Nebenamt abgenommen und zungengeübten Sachverständigen übertragen, daß der Deklarationszwang eingeführt, daß für den Zuckerzusatz eine gesetzliche Grenze festgesetzt und daß eine Reichsweinsteuer vermieden werden müßte. Die Abweichungen der Redner von einander im Einzelnen waren nicht erheblich. Mit besonderer Schärfe wandte sich Dr. Wolff als Vertreter der württembergischen Weininteressenten gegen das Projekt einer Reichsweinsteuer, während der Elsässer Preiß dem Projekt ein gewisses platonisches Wohlwollen verhieß, wenn es aufgebaut würde auf einer Steuerskala, die proportional wäre dem Zuckergehalt der einzelnen Weine, d. h. also, wenn es keine Wein-, sondern eine Weinzuckersteuer wäre.

Allein der Abg. Schmidt-Elberfeld (frs Vpt.) nahm eine abweichende Haltung ein. Er beklagte es, daß die Debatte den Eindruck hervorrufe, als ob die Mehrzahl der deutschen Winzer und Weinhändler Fälscher seien, was natürlich durchaus nicht der Fall ist, hielt das Weingesetz von 1901 für vollkommen ausreichend, die Forderung der Buchkontrolle für ebenso undurchführbar wie den Deklarationszwang und bezeichnete die von den andern Rednern zitierten Fälle krasser Weinfälschungen als Schauermärchen.

Interessant war die Haltung des Grafen Posadowski. Er bekannte sich persönlich als einen Anhänger derjenigen weiter gehenden gesetzlichen Wünsche, die die Weinfreunde im Reichstag geäußert haben. Er deutete aber darauf hin, daß er im Bundesrat bei den Einzelregierungen auf Schwierigkeiten stieße, besonders bei Preußen, und daß man ihn für das Verhalten Preußens nicht verantwortlich machen dürfe; er würde aber fortfahren, die Einzel-Regierungen seinen Ueberzeugungen zu gewinnen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die erste Deputation der ersten sächsischen Kammer hat den Gesetzentwurf über die Zusammensetzung der ersten Kammer dahin abgeändert, daß den Handels- und Gewerbekammern ein Vorschlagsrecht für die fünf neuen, vom Könige zu ernennenden Mitglieder der ersten Kammer zuerkannt wird.

* Die Steuerkommission des Reichstags hat den Zentrumsantrag, im Inland aufgegebene Ansichtspostkarten mit je zwei Pfennigen zu besteuern, angenommen.

* Zahlen sprechen! Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg hat im Vorjahre einen Umsatz von 38 780 199 Mk. erzielt gegen 33 929 400 Mk. im Vorjahre. Die Zunahme des Umsatzes beträgt 4 850 794 Mk. Dies ist um so bemerkenswerter, als infolge des Verkaufs zur Spirituszentrale für das Jahr 1905 der Umsatz in Spiritus ausgeschieden ist, der im Jahr 1904 rund 1½ Millionen betrug.